

BUND-Hintergrund

Tesla in der Grünheide

Bund für Umwelt und Naturschutz
Deutschland e.V. (BUND)

Politische Einschätzung zur Tesla Gigafactory

Der BUND steht für eine grundsätzliche Mobilitätswende mit einem klaren Schwerpunkt auf Verkehrsmittel wie Bahn, ÖPNV und Fahrrad. Allerdings werden selbst nach einer echten Mobilitätswende noch einige Regionen in Deutschland auf Individualverkehr angewiesen sein. Allerdings machen wir klar: Dabei handelt sich um deutlich weniger Autos als bisher, die – wo möglich – gemeinschaftlich genutzt werden. Mit Blick auf die begrenzten zur Verfügung stehenden Ressourcen unseres Planeten, muss es sich bei diesen Autos um kleine, energiesparende Fahrzeuge handeln.

Seit Jahrzehnten drängt der BUND Automobilhersteller und politische Parteien in Deutschland, eine solche Mobilitätswende proaktiv anzugehen und die Grenzen eines endlichen Planeten zu respektieren. Statt den Wandel zu gestalten und gemeinsam mit den Beschäftigten Perspektiven zu entwickeln, wird der Planet ausgebeutet. Die Folgen spüren wir in Deutschland und weltweit und sie sorgen dafür, dass der Druck auf eine sozial-ökologische Wende steigt. Auch, weil die Automobilbranche ihrer Verantwortung nicht nachgekommen ist. Betrachtet man die letzten Jahre so liegt der Schluss nahe, dass die Automobilbranche sich offenbar genauso wenig um die Beschäftigten in Deutschland sorgt, wie um den eigenen Ruf – hat sie doch mit dem Diesel-Skandal Verbraucher*innen auf der ganzen Welt getäuscht, nur um der Notwendigkeit einer Mobilitätswende zu entgehen. Es ist deutlichstes Zeichen der Unverantwortlichkeit der Konzernleitungen und einer der größten Industrieskandale der Bundesrepublik Deutschlands. Gleichwohl liegt die Verantwortung nicht allein bei der Industrie: Auch die letzten Bundesverkehrsminister haben sich ohne Gestaltungswillen gezeigt; Andreas Scheuer nachgewiesenermaßen als besonders industrienaher Verkehrsminister. In dieser Situation begrüßt der BUND, dass mit dem Tesla-Werk eine Automobilfabrik des postfossilen Zeitalters entsteht und damit die herkömmliche Automobilindustrie unter Druck gerät. Dass ausgerechnet Tesla und sein umstrittener Gründer Elon Musk diesen Innovationsimpuls setzen, zeigt den schlechten Zustand der deutschen Verkehrspolitik. Die deutliche Positionierung von Elon Musk gegen Gewerkschaften erfüllt uns mit Blick auf die künftigen Beschäftigten aber mit Sorge.

Unzweifelhaft tragen der Bau des Werks und der dafür erforderlichen Infrastruktur zum Flächenverbrauch bei, der in ganz Deutschland ein erhebliches Problem darstellt. Für den BUND ist es daher nachvollziehbar, wenn Umweltorganisationen wie die Grüne Liga auch beim Bau der Tesla-Fabrik das Recht der Natur durch ihr Klagerecht prüfen lassen. Die Verbandsklage wurde

den anerkannten Umweltverbänden gesetzlich eingeräumt, um im Namen der Natur geltendes Umweltrecht zu überprüfen. Es geht also nicht um unsere Meinung zu den jeweiligen Projekten, sondern um die Frage, ob die jeweiligen Genehmigungen mit Recht und Gesetz in Deutschland übereinstimmen. Alles andere ist nicht beklagbar. Damit übernehmen wir Verbände zentrale, gemeinnützige Aufgaben für die Gesellschaft. Unsere aktive Beteiligung an wenigen Klagen in Sonderfällen verhindern nur in noch weniger Ausnahmefällen die Projekte. Fast immer führen sie aber zu Verbesserungen der geplanten Vorhaben im Sinne von Umwelt- und Naturschutz. Gründe einer schlechten Planung liegen öfter in mangelnder Beteiligung, unzureichender Planung oder bestimmten politischen Interessen, als im Klagerecht anerkannter Verbände, deren Aufgabe es ist, Planungen und Genehmigungen im Sinne von Umwelt und Naturschutz im Zweifelsfall zu prüfen. Eine grundsätzliche Debatte über die Abschaffung von Verbandsklagen ist Ziel derer, deren verantwortungsloses Handeln bisher eine Mobilitätswende verhindert hat.

Organisationen wie den Verein für Landschaftspflege und Artenschutz in Bayern und die ihm verbundene Vereinigung Vernunftkraft sieht der BUND nicht als Verbündete. Hinter Vernunftkraft steht oft eine unverhohlene Leugnung des menschengemachten Klimawandels. Über solche Sprachrohre werden viele falsche Informationen über die Energiewende verbreitet. Aus diesem Grund konnten wir nicht nachvollziehen, wieso der Verein im Januar 2019 als Umweltverein durch das Bundesumweltministerium anerkannt wurde.

Verkehrspolitische Einschätzung zur Tesla Gigafactory

Möglichst wenige, möglichst kleine und energiesparende Autos: Diese Maßstäbe wird der BUND auch an die elektrischen Autos anlegen, die Tesla in seiner Gigafactory bei Grünheide produzieren wird. Denn neben nötigen Vermeidungs- wie auch Verlagerungseffekten wird es weiter einen Bedarf an Individualverkehr geben, wenn wir eine möglichst gerechte Form der Mobilität in Deutschland erhalten wollen. Der BUND fordert hier die sinnvollste Alternative zum Verbrennungsmotor: leichte, sparsame E-Autos. Diese müssen selbstverständlich möglichst klein sein, wenig Energie und wenig primäre Rohstoffe benötigen. Ziel muss es sein, so viel aus recycelten Rohstoffen herzustellen, wie technisch möglich. All das gilt sowohl in der Herstellung, im Betrieb, als auch bei der späteren Entsorgung der Fahrzeuge. Transparente Lieferketten und ordnungsrechtliche Standards durch ein Lieferkettengesetz sind ein Muss, auch

hinsichtlich der Sozialstandards der ILO. Die Rahmenbedingungen sind gesetzt durch ökologische Kriterien, wie die Einhaltung der klimapolitischen Ziele als auch den Erhalt der biologischen Vielfalt.

Ihrem Einsatz gegenüber stehen derzeit lediglich der weitere Verbrauch fossiler Kohlenstoffe (Benzin, Diesel, Erdgas) oder der Aufbau einer PTX-Infrastruktur (Wasserstoff, synthetische Kraftstoffe) die der BUND wegen ihrer durch hohe Wandlungsverluste schlechten Energiebilanz für den motorisierten Individualverkehr ablehnt. Der Verkehrssektor würde wegen massiver Wirkungsgradverluste wesentlich mehr Energie verbrauchen, als bei der direkten Stromnutzung durch Stromabnehmer oder Batterien. Teslas Entscheidung für den Standort Grünheide und damit für Deutschland hat eine bedeutende Signalwirkung für den Standort und wird die Verfügbarkeit und Akzeptanz von E-Autos in Europa verbessern. Wie bereits erwähnt setzt Tesla die deutschen Hersteller und die Bundespolitik unter Druck und zeigt exemplarisch, wie schnell zumindest der Wechsel bei den Antrieben vorstättengehen kann, wenn man diesen strategisch angeht. Sie bauen in dem Werk Model 3 und Model Y Fahrzeuge, die in der Mittel- und oberen Mittelklasse mit den großen deutschen Herstellern in der Masse konkurrieren werden. Die Kritik an anderen Fahrzeugen wie dem Cybertruck ist natürlich angemessen. Er selbst wird im Übrigen nie in Deutschland fahren dürfen. Eine Produktion in Deutschland ist derzeit nicht geplant.

Um die weitere Debatte sachlich zu führen und vor allem kritisch begleiten zu können, hat der BUND folgende Informationen zum aktuellen Stand zusammengetragen:

Lokale Naturschutzbelange beim Bau und Betrieb der Gigafactory:

- Zuwegung und Gebäude der Gigafactory tragen unzweifelhaft zum **Flächenverbrauch** bei, der in ganz Deutschland ein erhebliches Problem darstellt. Es ist daher nachvollziehbar, wenn die *Grüne Liga* auch beim Bau einer Gigafactory von Tesla das Recht der Natur durch ihr Klagerecht prüfen lassen. Der BUND setzt sich für Flächenrecycling und Vermeidung von Versiegelung ein. Es muss daher darauf geachtet werden, dass einerseits verbrauchsminimierend gebaut wird und andererseits die Möglichkeiten ausgeschöpft werden, Zuwegungen, Parkplätze und Gebäudegestaltung so anzupassen, dass negative Effekte für Natur und Landschaft wie auch den Wasserhaushalt vermieden werden. Für unvermeidbare neue Versiegelung ist im Rahmen der Eingriffsregelung eine entsprechende Entsiegelung an anderem Ort umzusetzen.

- Das Bauland für die Gigafactory ist seit den 1990er Jahren als Industriegebiet freigegeben und wurde bereits naturschutzrechtlich ausgeglichen. Tesla muss rein rechtlich keine **Ausgleichsflächen** schaffen. Dennoch verpflichten sie sich freiwillig, das dreifache der Fläche an Ausgleichsmaßnahmen vorzunehmen. Lebensraumqualitäten, die sich in der Zeit seit der ersten Begutachtung neu entwickelt haben, müssen jedoch berücksichtigt und beim Ausgleich zusätzlich kompensiert werden. Es ist zu prüfen, ob durch die Nutzung bestehender Flächenpool-Lösungen in Brandenburg nicht im räumlichen Zusammenhang ein erheblicher Mehrwert für die biologische Vielfalt der vom Eingriff betroffenen Lebensräume zu schaffen ist.
- **Artenschutz:** Das Unternehmen versichert, den Aspekt intensiv in die Betrachtungen einbezogen zu haben. So wurde eine Analyse der maximalen Bedrohung durch die Bauarbeiten in Bezug auf verschiedene mögliche bedrohte Tier- und Pflanzenarten in dem Waldstück, u.a. Fledermäuse, Glattnatter und Zauneidechse durchgeführt. Das Unternehmen gibt an, dass Gebiete abgezaunt werden, damit Tiere nicht in Rodungsfläche gelangen können. Gefundene Individuen werden nach Unternehmensangaben gesammelt und in neue Ausgleichsorte überführt. Auch Ameisen werden laut Tesla umgesiedelt. Es gibt eine ökologische Baubegleitung. Der Erfolg der Maßnahmen, insbesondere der Umsiedlung, muss aus Sicht des BUND für die Nutzungsdauer des Geländes maximal transparent nachgewiesen werden. Dies ist auch bei jedem anderen dauerhaften Eingriff in die Natur notwendig. Bei der Gestaltung des Firmengeländes, der Zuwegungen und der Gebäude müssen nach Möglichkeit spezifische Artenhilfsmaßnahmen dauerhaft die Integration von betroffenen Arten auf dem Gelände ermöglichen: Nisthilfen, Gestaltung von geeigneten Geländebereichen und Dachflächen sowie Fassaden, Verwendung autochthonen Saatguts bei der Gestaltung. Geeignete Umweltbildungsmaßnahmen sind vorzusehen, um die erfolgten Kompensationsmaßnahmen vor Ort zu erläutern. Tesla hat hier die Möglichkeit seiner Verantwortung und seinem Versprechen gegenüber Umwelt und der Region auf besondere Weise gerecht zu werden, für seine Mitarbeiter*innen, die biologische Vielfalt und die Kommunikation gegenüber der Bevölkerung.
- Der **Wasserverbrauch** wurde in den Prognosen mit einer Maximalanalyse berechnet. Der daraus resultierende hohe maximale Bedarf und die Diskussion um die Auswirkungen hat das Unternehmen sofort zum Anlass genommen, ein neues Wasserkonzept zu erstellen.

Selbstverständlich aber müssen die durch den erhöhten Förderbedarf entstehenden Auswirkungen auf das Grundwasser und grundwasserabhängige Landökosysteme sorgfältig untersucht werden. Insbesondere müssen die durch den Klimawandel zunehmend längeren und häufiger auftretenden Trockenphasen mitberücksichtigt werden. Der Wasserverbrauch muss aus Sicht des BUND soweit wie möglich minimiert werden.

Erneuerbare Energien zu Versorgung der Gigafabrik:

- Durch eine gesteigerte Nachfrage durch Tesla geht der BUND von einem Ausbau von Stromkapazitäten durch Erneuerbare Energien (EE) aus. Gründe für diese Annahme sind zum einen Teslas klare Unternehmensstrategie hin zur Verwendung von EE-Strom, zum anderen die hohe Bereitschaft der Landesregierung, den Bau der die Gigafabrik zu ermöglichen.
- Nach Angaben von Tesla plant das Unternehmen, Solaranlagen auf dem Dach zu installieren und auch Windenergie zu nutzen. Der BUND fordert Tesla auf, die Versorgung der Gigafabrik so zu gestalten, dass ausschließlich, insbesondere zusätzliche Erneuerbare Energien Verwendung finden. Aus unserer Sicht gehören dazu Solarpaneele auf dem Dach der Fabrik, aber auch eine naturverträgliche Windenergie, von der die Wertschöpfung und die Menschen in der Region profitieren müssen.

Weitere Aspekte:

- Nach Erkenntnis des BUND wird es keine Verbrennungsprozesse in der Fabrik geben, abgesehen von dem Abbrennen von Aerosolen in der Lackiererei.
- Laut Unternehmen gibt es Pläne, die Fabrik an den ÖNPV und das Schienennetz anzuschließen und möglichst viel Lieferverkehr auf der Schiene stattfinden zu lassen. Eine solche Planung würde der BUND begrüßen.

Bürgerbeteiligung:

Parallel zu ihrer Entscheidung für den Bau der Fabrik ist das Unternehmen aktiv auf nationale wie lokale Umweltverbände zugekommen. Tesla hat in diesen Runden betont, dass es ihnen wichtig sei alle naturschutzrelevanten Vorgaben einzuhalten. Eine

Beteiligung erfolgte über Telefonkonferenzen, mehrere Diskussionsveranstaltungen mit der Zivilgesellschaft und durch die Einrichtung eines Bürgerbüros. Dort geäußerte Kritik wurde, wie im Fall des Wasserverbrauchs, laut Unternehmen in neue Pläne integriert. Sollte sich dies auch in der Umsetzung zeigen, arbeitet Tesla diesbezüglich bisher vorbildhaft, auch wenn nicht alle Planungen fehlerfrei waren.